

Familienpolitischer Kongreß der CDU Nordrhein-Westfalen

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird am 12. Juli 1986 in Castrop-Rauxel einen familienpolitischen Kongreß veranstalten. In der letzten Sitzung des NRW-Landsvorstandes wurde die Konzeption des Kongresses diskutiert. Die Kreisverbände sind gebeten, sich entsprechend der Konzeption auf eine Teilnahme an diesem Kongreß einzustellen.

In ihrem Anspruch, die positive Rolle der Familie in Gesellschaft und Staat herauszustellen, die Familie wieder zum Mittelpunkt des Lebens zu machen, hebt sich die CDU recht deutlich von ihren politischen Konkurrenten ab. Diese Veranstaltung im Vorwahlkampf sollte primär auf die Akzeptanz bzw. Verstärkung einer familienfreundlichen Grundeinstellung innerhalb der Bevölkerung zielen. Die familienfreundliche Gesellschaft und familienfreundliche Umwelt lassen sich nicht per Gesetz oder Verordnung erreichen; die CDU schafft aber die gesetzlichen Voraussetzungen und offeriert Maßnahmen, mit denen die von ihr gesteckten Ziele einer besonderen Rolle der Familien in unserer Gesellschaft nicht auf grundsätzliche Aussagen in der Parteiprogrammatik beschränkt bleiben.

Erfolgskriterium für die geplante Veranstaltung sollte in erster Linie die Resonanz in der Öffentlichkeit sein. Die Partei sollte versuchen, das Veranstaltungsthemma in möglichst „unkonventioneller Form“ zu präsentieren. Großveranstaltungen traditionellen Typs haben sich weitgehend überlebt; sie finden innerhalb

der Partei kaum mehr als pflichtgemäßen Zuspruch und wirken in der Öffentlichkeit nur mäßig.

Deswegen wird vorgeschlagen, die geplante Veranstaltung als „Familienpolitisches Forum“ zu gestalten. Eine solche unkonventionelle Form ist am besten geeignet, die Leistungsfähigkeit der CDU in der Familienpolitik darzustellen. Forum heißt „Öffnung der Partei nach außen“, ins Gespräch kommen mit Sachkundigen, Betroffenen und deren Verbänden, Forum heißt für die CDU: Bilanzierung bisheriger Familienpolitik, Präsentation ihrer neuen Ideen und vor allem ein offenes Ohr für Einwände, Gegenargumente und weitere Verbesserungsvorschläge.

Der Ablauf des Kongresses ist bisher so vorgesehen: Der CDU-NRW-Vorsitzende Kurt Biedenkopf wird das Treffen eröffnen. Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth hat das Hauptreferat zugesagt. Familienverbände, Gewerkschaften, Eltern, Verbände der Wohlfahrtspflege, Arbeitgeber, Wissenschaftler werden in Kurzreferaten darstellen, was sie von Familienpolitik erwarten. In drei Foren werden einzelne Themenkreise behandelt. Die baden-württembergische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, Barbara Schäfer, der Berliner Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, und die Staatssekretärin Irmgard Karwatzki sind als Referenten der Foren vorgesehen.

Die teilnehmenden Mitglieder aus den Kreisverbänden der CDU NW werden —

ebenso wie die Vertreter der Interessengruppen und Verbände — gebeten, mit ihren Ehepartnern und Kindern an der Veranstaltung teilzunehmen. Dies dürfte ein Novum für die CDU sein, sollte aber angesichts des Tagungsthemas und der Betonung eher selbstverständlich werden. Es ist zu überlegen, ob darüber hinaus gezielt weitere Eltern mit Kindern zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen werden.

Parallel zur laufenden Veranstaltung ist eine fachliche Kinderbetreuung nach Altersgruppen zu gewährleisten. Dies reicht

von der Kinderkrippe bis zum Angebot von Spielgruppen. Attraktion für die Jugendlichen könnte ein „Computercamp“ werden.

Um das Interesse der Verbände an der Teilnahme zu erhöhen, sollte ihnen angeboten werden, sich vor den Veranstaltungsräumen auf Informationsständen zu präsentieren. Von diesem Angebot sollte selbstverständlich auch die Partei Gebrauch machen. Weitere Stände — zum Beispiel der Deutschen Bundesbahn, auf der diese ihre familienfreundlichen Angebote präsentiert — sind denkbar.

CDU: Kostenexplosion beim Klinikum Münster

Als „Aachen-Syndrom im Anfangsstadium“ hat der Hagener CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Diegel die Baukostenexplosion beim Bau des Klinikums Münster in einer Sitzung des Landtagsausschusses für Haushaltskontrolle bezeichnet.

Ursprünglich sollten die Baukosten 567 Millionen DM betragen. Schon jetzt stehe fest, daß der Haushaltssatz von 1985 in Höhe von 1,157 Milliarden DM um weitere 42 Millionen DM überschritten werde. Ursache seien, so Diegel, die Inflation der 70er Jahre, ewige Planungsänderungen sowie dadurch bedingte Steigerungen von Honoraren. Allein diese drei Faktoren hätten mehr als 479 Millionen DM an Mehrkosten verursacht. Noch nicht in dieser Summe seien die Mehrwertsteuererhöhungen von 68 Millionen DM enthalten.

Der Städtebauminister Zöpel (SPD) wurde von Diegel aufgefordert zu belegen, in

welcher Weise er und sein Vorgänger beim Bau des Klinikums Münster ihrer Aufsichtsverpflichtung nachgekommen seien. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Staatliche Bauverwaltung vom Städtebauministerium nicht ausreichend unterstützt worden sei, erklärte Diegel. Nicht anders seien die vielen Beanstandungen des Landesrechnungshofs zu erklären.

Als Beispiele für die Beanstandungen nannte der CDU-Abgeordnete unter anderem:

- die Vollklimatisierung des Klinikums auch in Bereichen, in denen dazu keine Veranlassung bestand, z. B. Büro-, Arbeits- und Umkleideräume.
 - Die Verwendung teurerer Baumaterialien, weil sie als schöner angesehen wurden und angeblich im Kostenrahmen lägen.
- Preisgünstigkeit habe also keine Rolle gespielt.

- Die Zahlung von Bauleistungshonoraren von über 3,3 Millionen DM, obwohl dazu aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes keine Veranlassung bestand.
- Die falsche Berechnung von Architektenhonoraren zum Nachteil des Landes NRW.
- Die Übernahme von ungerechtfertigten Baukosten.
- Erhebliche Fehler bei der Ausschreibung und der Vergabe von Aufträgen.
- Verstöße gegen die VOB.
- Nicht ausreichend sorgfältig aufgestellte Angebotsunterlagen.
- Unzulässige Preisverhandlungen.
- Vergabe eines Auftrags von 3,3 Millionen DM ohne Ausschreibung.

- Doppelte Bezahlung von Mehrwertsteuer.

Als besonders schwerwiegend bezeichnete der CDU-Abgeordnete Diegel, daß der Landesrechnungshof in vielen Fällen erst Antworten nach längeren Zeiträumen erhalte. So würden Prüfungsfragen sehr oft erst nach 6 bis 12 Monaten beantwortet. In einem Falle sei die Antwort sogar erst nach vier Jahren erfolgt. Hier sehe er die Gefahr, daß die Kontrollrechte des Ausschusses und somit des Landtags gefährdet seien. Dies könne und dürfe man sich nicht bieten lassen.

Diegel forderte die Landesregierung auf, alle Ministerien und nachgeordneten Behörden anzuweisen, den Landesrechnungshof besser als bisher in seiner Arbeit zu unterstützen.

Treffen der Frauenvereinigung

Die Frauenvereinigung der CDU Rheinland lädt zu ihrer Landesversammlung für den 24. Mai, 10 Uhr ins Theater- und Konzerthaus nach Solingen ein. Die Vorsitzende, Irmgard Karwatzki, MdB, wird ihren Jahresbericht vorlegen. Beraten wird die Satzung der Frauenvereinigung CDU NRW. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, wird über „Christliches Menschenbild und Grundrechte“ sprechen.

Worms: Landesregierung provoziert zweiten Schulkrieg

Der Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Bernhard Worms, hat Ministerpräsident Rau (SPD)

aufgefordert, eine Weisung seiner Landesregierung zurückzunehmen, wonach die Kommunalaufsichten bei den Regierungspräsidenten Druck auf Städte und Gemeinden zur Einrichtung weiterer Gesamtschulen ausüben sollen. U. a. sollen nach der durch einen Bericht der „Rheinischen Post“ bekanntgewordenen Weisung Städte und Gemeinden künftig zu anonymen Befragungen und zur Errichtung von Gesamtschulen auch bei laufenden Rechtsstreitigkeiten gezwungen werden.

„Mit dieser Weisung der Landesregierung wird der mutwilligen Zerschlagung Hunderter von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien Tür und Tor geöffnet“, betont Worms. „Ein solcher Generalangriff auf das gegliederte Schulwesen provoziert geradezu einen zweiten Schulkrieg in Nordrhein-Westfalen.“

Worms erinnerte daran, daß die Ausein-

andersetzung um das gegliederte Schulwesen eigentlich mit dem massiven Elternvotum gegen die Kooperative Schule im Jahre 1978 entschieden worden war. „3,6 Millionen Bürger Nordrhein-Westfalens haben sich damals mit ihrer Unterschrift offen für den Bestand des gegliederten Schulwesens ausgesprochen.“

Wenn nun durch „bürokratische Manipulationen“ und „anonyme Befragungskaktionen“ der Elternwille verfälscht werden solle, sei Widerstand geboten. Die CDU fordere deshalb die unverzügliche Einberufung des Schulausschusses. Überdies müsse auch der Kommunalpolitische Ausschuß zusammenentreten, da die bisher bekanntgewordenen Formulierungen der Dienstanweisung das Recht der Städte und Gemeinden auf demokratische Selbstverwaltung erheblich einschränkten.

CDU: Vertrauenschutz für Schüler – Kollegschule wird keine Regelschule

Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion hat die Vereinbarung der Münchener Kultusministerkonferenz der Länder zur Kollegschule begrüßt. Wie ihr schulpolitischer Sprecher, Herbert Reul, in Düsseldorf erklärte, sei diese Vereinbarung zustande gekommen, da sich die unionsgeführten Bundesländer an der Devise „Vertrauenschutz für Schüler“ orientiert hätten. Für die NRW-Kultusbürokratie indessen sei eine „letzte Galgenfrist“ gesetzt worden.

Reul zitierte aus der auch vom Kultusminister Schwier (SPD) unterschriebenen Vereinbarung. Darin heißt es u. a. wörtlich:

„Die nordrhein-westfälische Kollegschu-

le ist ein Versuch, die allgemeine Hochschulreife mit Hilfe berufsbezogener Lehrpläne und Studentafeln zu erreichen. Dieser Weg ist in der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe nicht vorgesehen. Die Kollegschule ist daher nicht Regelschule, sondern Schulversuch.“

Damit, so Reul, habe Schwier entgegen seinem bisherigen vollmundigen Erklärungen eingestehen müssen, daß die Kollegschule nicht den Anforderungen der gymnasialen Oberstufe entspreche und der Versuch nur unter eingeschränkten Bedingungen fortgeführt werden dürfe.

Reul: „Die Absicht, die Kollegschule ähnlich wie schon die Gesamtschule zur Regelschule zu machen, ist damit gescheitert.“

PERSONALIEN

Dr. Heinz Günther Hüsch, CDU-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, teilte dem Stadtverband Neuss mit: „18 Jahre sind genug.“ So lange war Hüsch Vorsitzender des Stadtverbandes gewesen, den er bekanntermaßen mit großem Erfolg geführt hat. Sein Nachfolger wurde Dr. Bertold Reinartz.

Hubert Broich, stellvertretender Vorsitzender der Kriegsopferkommission der CDU Rheinland, wurde beim Verbandsitag des VdK Deutschland in das Präsidium des VdK gewählt. Broich ist Mitglied des Neusser Stadtrates und stellvertretender Vorsitzender des VdK NRW.

Ernst Roth, Vorsitzender der Kriegsopferkommission der CDU Rheinland, wird am 23. Mai 1986 in Bonn vom Bundespräsidenten mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.